

Anmerkungen zur politischen Lage im Rückblick auf die Landtagswahlen in Bayern und Hessen

Offener Richtungskampf in der Union. Das wichtigste politische Ereignis im Kontext der Landtagswahlen war zweifellos die Ankündigung von Angela Merkel, auf dem kommenden Parteitag am 7./8. Dezember 2018 nicht wieder für den CDU-Vorsitz zu kandidieren. Die Ankündigung war kein Ergebnis der verlorenen Landtagswahl und gesunkener Umfragergebnisse, sondern mit der erstmals in einem Koalitionsvertrag vereinbarten »Halbzeitbilanz« gesetzt und durch den politischen Kalender terminiert.

Der Amtsverzicht rückt die CDU ins Rampenlicht der politischen Aufmerksamkeit, zumal es erstmals in der Union einen offenen demokratischen Wettbewerb um die Nachfolge gibt, der regelmäßig politische »News« hergibt. Dieser Wettbewerb ist ein Richtungskampf, in dem Annegret Kramp-Karrenbauer für die Fortsetzung der politischen Linie von Kohl und Merkel steht (liberal-konservative Modernisierung, besser: »Umstellung« und »europäisches Deutschland«), Friedrich Merz als Kandidat des Schäuble-Lagers (wirtschaftsliberal-konservativ und »deutsches Europa«) auftritt und Jens Spahn als Jung- bzw. Neokonservativer - im Geiste vereint mit Sebastian Kurz - offen für eine Re-Nationalisierung der deutschen Politik steht. Ihm wäre auch am ehesten der Sprung zu einer Zusammenarbeit mit der neuen Rechten zuzutrauen.

Da die Personen durchaus für unterschiedliche politische Richtungen stehen, wird die politische Auseinandersetzung kaum mit der Entscheidung über die Personen beendet sein. Im Gegenteil, sie dürfte sich weiter verschärfen, da diesen Richtungen jeweils unterschiedlichen sozial-moralischen und ideologischen Milieus, aber auch divergente wirtschaftliche Interessen zuzuordnen sind.

So viel Spekulation muss einfach sein: Gewinnt Jens Spahn, dürfte die Kanzlerschaft von Angela Merkel eher schnell beendet sein: Der Parteivorsitzende im Kabinett an die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin gebunden - ebenso wenig vorstellbar wie umgekehrt die Kanzlerin als »lahme Ente«. Möglich wäre ein neuer Jamaika-Versuch, für den sich gerade Lindner warmläuft. Gewinnt Friedrich Merz, bleibt Merkel im Amt, bis geklärt, welche Wahaussichten in Kanzler-Kandidat Merz ohne Amtsbonus hat. Gewinnt Annegret Kramp-Karrenbauer, wird es einen geordneten Wechsel vermutlich Ende 2019 geben und eine Fortsetzung der schwarz-roten Koalition, damit Kramp-Karrenbauer mit einem Kanzlerinnen-Bonus in die Wahlen gehen kann.

Werden Merz oder Spahn zum Vorsitzenden gewählt, dürfte ein politischer Rechtsruck die Folge sein, der weniger mit der Seehofer'sche mit Symbolpolitik daherkommt, sondern vielmehr als tatsächlicher Spurwechsel, etwa in der Europapolitik, in der

Gesellschaftspolitik stattfindet. Die politische Dynamik, die dabei entsteht, ist einerseits insoweit übersichtlich, als der AfD die mediale Themenhoheit und Aufmerksamkeit nachhaltig streitbar gemacht werden wird (auch durch die fortwährenden CDU-internen Kämpfe), worauf diese mit einer weiteren Radikalisierung antworten könnte. Die Dynamik ist andererseits wenig einschätzbar, da sich die Vorzeichen für ein baldiges Ende der guten Konjunktur (sinkende Wachstumsraten, abnehmendes Welthandelsvolumen) und der scheinbaren Stabilität an den Finanzmärkten (neue Euro-Krise?) mehren.

Gut möglich also, dass wir von der CDU mit einem ähnlich erratischen Kurs konfrontiert werden, wie es in den vergangenen zwei Jahren die CSU bei ihrer verzweifelten Suche nach einer strategischen Antwort auf die AfD vorgeführt hat. Es ist nicht absehbar, dass beide Unionsparteien in den kommenden Jahren aus eigener Kraft heraus zu alter Stärke zurückfinden werden.

* * *

Der Wandel des bundesdeutschen Parteiensystems hat sich bei den Landtagswahlen in mehrfacher Hinsicht fortgesetzt. Die AfD ist nun in allen Landtagen vertreten, meist mit einem zweistelligen Ergebnis. Das ist ein einmaliger Vorgang in der bundesdeutschen Wahlgeschichte. Eine Grenze wurde der AfD in Bayern aufgezeigt, wo sie hinter den Erwartungen zurückblieb: die Freien Wähler besetzten hier bereits erfolgreich den Platz einer Partei, die »das Lokale« gegen die Konzentration der Regierungspolitik auf die Wachstumszentren einfordert, die »versteht, wie es hier vor Ort zugeht«. Auch die Freien Wähler stammen überwiegend aus der CSU, die CSU bildet in Bayern nunmehr eine Koalition mit sich selbst (was sie 2008 noch nicht wollte). Es bestätigte sich, dass die AfD ein schichten- und klassenübergreifendes Wahlvolk um sich schart, was sich einer eindeutigen Charakterisierung entzieht.

Neben dem Aufstieg der AfD sind die erneut hohen Verlust- und Gewinnraten bei den Wahlen (anders als im Oktober 2017 in Niedersachsen) bemerkenswert. Sie bezeugen den wachsenden Eigensinn der Wählerinnen und Wähler: Einerseits lockern sich weiter die alten ideologischen Klammern, die die großen Parteien zu »Volksparteien« gemacht hatten. Gleichzeitig repolitisiert sich die Gesellschaft, die Debatten, die Alltagsgespräche, durchaus entlang von gesellschaftspolitischen Richtungsfragen, die von den großen, alten Parteien nicht mehr eingefangen werden können. Die SPD ist bereits von einer großen zu einer mittleren Partei geschrumpft und steht in Gefahr, zu einer kleinen Partei zu werden.

All dies erschwert zukünftige Regierungsbildungen, da nicht einmal das Muster der alten »Großen Koalition« als Notlösung aus staatspolitischer Verantwortung verlässlich zur Verfügung steht. In der Folge wird das eigenständige Profil, die Unterscheidbarkeit für alle Parteien wichtiger und somit die parteipolitische Identitätspolitik zunehmen. Parteistrategische Kalküle dürften vollends dominant werden, damit aber auch das Missverhältnis zwischen dem Handeln im politischen Feld und den sozialen, gesellschaftlichen Entwicklungen. Weitere Spannungen und Repräsentationslücken, damit aber auch »politische Projektionsbedarfe« wären die Folge.

Warum also nicht eine Prognose wagen: Der rasche Wandel des Parteiensystems wird anhalten. Er wird geprägt von einer Themensetzung von rechts, die auch linke Parteien unter Druck setzt. Sollte die Vorsitzenden-Wahl der CDU tatsächlich einen politischen Rechtsruck ratifizieren, d.h. die Mehrheit der CDU-Delegierten sich von der liberal-konservativen

Modernisierung verabschieden, wird ein alternatives Agenda-Setting von links nicht leichter, vielmehr drohen die sozialdemokratisch geprägten Formationen dabei zerrieben zu werden.

* * *

Überlagerung mehrerer Konflikte: Grundsatzfragen reloaded. Die Ergebnisse der Wahlen in zwei der im statistischen Durchschnitt wohlhabendsten Länder der Republik lassen nochmals alle bipolar gestrickten Thesen über die neue Prägung der politischen Konfliktlinien fraglich erscheinen: die Annahme vom neuen *cleavage* Kosmopolitismus versus Kommunitarismus, Modernisierungs-/Globalisierungsgewinner versus -verlierer, Globalisten versus Lokalisten, soziale Aufsteiger versus soziale Absteiger, linksliberale 68er versus wertkonservative Verlierer (daher: Reaktionäre) usw. Zugleich kann man ihnen begrenzte Erklärungskraft nicht absprechen, aber eben kein *pars pro toto*. Gerade die Überlagerung verschiedener Konfliktlinien kennzeichnet die (gesellschafts-)politische Dynamik.

Diese Dynamik lässt sich am ehesten beschreiben als ein weit (nicht: allgemein!) verbreitetes Bedürfnis in der Bürgerschaft, ein gesellschaftspolitisches Richtungsvotum abzugeben, dafür alte Parteibindungen zu lockern und auf andere Parteien zu projizieren. Das könnte den Wahlerfolgen der Grünen wie auch die der AfD zugrunde liegen, wenn auch mit nicht nur inhaltlich unterschiedlicher Prägung. Heribert Prantl hat für diese Projektionen den unbestimmten Begriff »Zeitgeist« benutzt, der eine dann wieder bipolare Sammlung von unterschiedlichen Haltungen, Auffassungen usw. ermöglicht und den Vorteil hat, sich nicht zwischen sozialen, kulturellen und sozialpsychologischen Erklärungstypen entscheiden zu müssen:

»Es gibt derzeit zwei Zeitgeiste, einen Zeitgeist I und einen Zeitgeist II, die sich an Wahltagen materialisieren. Zeitgeist I ist schon länger bei der AfD zu Hause, Zeitgeist II wohnt neuerdings wohligh bei den Grünen. Zeitgeist I ist nationalistisch, fremdenfeindlich und europafeindlich; er ist dem autoritären Denken zugeneigt und hat manchmal braune Tüpfel. Zeitgeist II ist europafreundlich, liberal und ökologisch; er ist grundrechtsbewusst auch dann, wenn es um Minderheiten geht. Zeitgeist I ist einer, der Abschließung und Ausschluss propagiert. Zeitgeist II propagiert Aufgeschlossenheit und Öffnung. Der Zeitgeist I und der Zeitgeist II stehen für die gesplante Mentalität des Zeitalters.« (Heribert Prantl, 28.10.2019, SZ.de - <https://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-hessen-berlin-kommentar-1.4188580>)

Die Verwendung des Begriffs »Mentalität« deutet an, dass hier grundlegende politische Dispositionen zur Entscheidung stehen, Bahnen, in denen Politik stattfinden soll; nicht einzelne politische Vorhaben, sondern die politisch-ideologische Rahmung, die verschiedene Politikebenen und Politikstile erfasst: liberale Republik vs. (autoritärer) Bewegung/Mobilisierung; Kooperation und Interessenausgleich statt Konkurrenz und Nullsummenspiel; Menschheits-/planetarische Fragen versus nationale Egoismen. Die »gesplante Mentalität des Zeitalters« kann von den alten großen Parteien nicht mehr polarisierend abgebildet werden, weil sie von ihr selbst durchzogen waren/sind. Es ist - verkehrte Welt? - ausgerechnet eine Partei, die sich aus einer außerparlamentarischen Bewegung heraus entwickelt hat, die nun als Projektionsfläche für die Verteidigung der republikanisch-parlamentarischen Ordnung dient. In ihrer politischen Breite und bestimmten Unbestimmtheit erscheinen die Grünen als parlamentarische Repräsentation des Metathemas der großen #unteilbar-Demonstration am 13. Oktober.

* * *

Radikale Änderungen, aber behutsam. Die Grünen haben der Union das Feld der »konservativen Modernisierung« streitig gemacht. Konservative Modernisierung bedeutet in diesem Fall: die Bedeutung von planetarischen Fragen wie Klimawandel, Gewalt und Ungleichheit entschieden in den Mittelpunkt zu stellen, ohne dabei radikale, umstürzende Sprünge zu fordern, die eine größere Zahl von Menschen nicht mittragen könnte (oder glaubt, nicht mittragen zu können). Aber sie sind eingeladen, mitzumachen. Deshalb schadete es dem verbliebenen grünen »Öko«-Image nicht, in Hessen mit dem Koalitionspartner gegen die Diesel-Fahrverbote zu klagen. Wohl aber nutzte es der CDU nicht. Bei der Union (und in Mithaftung die SPD) war klar, dass sie sich von der Auto-Industrie wie ein Tanzbär durch die Manege führen ließ, sie also eher auf deren Seite als auf Seite der Dieselfahrer stehen würde, die Grünen wiederum machten klar, dass sie in einer Politik gegen die Dieselfahrer keine Lösung sehen: Wir moderieren, so die unausgesprochene Botschaft der Grünen, die notwendige ökologische Modernisierung »sozialverträglich«.

* * *

Elend und Ende der Sozialdemokratie (wie wir sie kannten). Die Erosion der altehrwürdigen Tante SPD schreitet weiter voran, ein Ende ist nicht abzusehen: die Erosion der Wählerbasis aufgrund politischer Entscheidungen erhält Verstärkung durch die Erosion infolge des Niedergangs-/Verlierer-Image. Wer möchte am Wahlabend schon gerne zu den Verlierern zählen? Der SPD ist in Bayern wie in Hessen die Erneuerung in der Opposition, so sie denn in Wahlerfolgen gemessen werden soll, kräftig misslungen. Dem Verweis auf den schlechten Zustand der Bundesregierung ist entgegenzuhalten, dass die Wählerbewegungen nicht einmalig sind, sondern bereits - nebenbei: auch für CDU bzw. CSU - in dieser Qualität bei den Vor-Vorwahlen zu vermerken waren. Da immer mehr Wähler ihre längerfristige ideologische Parteibindung eingetauscht haben gegen Vertrauenskredite mit eher kurzer, maximal mittlerer Laufzeit besteht einerseits Hoffnung, die Abwärtsbewegung der SPD aufhalten und umkehren zu können, andererseits aber die Frage, wie, durch welche Aufmerksamkeit erheischende Handlungen das Image geändert, Vertrauenswürdigkeit zurückgewonnen, sozialdemokratische Themen auf die politische Agenda gesetzt werden können. Um in einem Bild zu bleiben, das selbst wiederum prägend für sozialdemokratische Politik war: die »Angebote« Mindestlohn, Rente usw. nimmt man gerne als Selbstverständlichkeiten im Vorbeigehen mit, eigentlich ist man aber auf der Suche nach anderen Dingen ins politische Kaufhaus gekommen. Hinzu kommt: Offenheit für progressive politische Reformen herrscht in der Regel in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, nicht in Zeiten wirtschaftlicher Abwärtsbewegung, womöglich bald sinkender Erwerbstätigenzahlen usw. Das Zeitfenster für eine auch wahlpolitisch belohnte Erneuerung der SPD wird sich zu allem Überfluss voraussichtlich alsbald schließen.

Das sozialdemokratische Dilemma entspringt, das ist die Crux, ausgerechnet dem Erfolg sozialdemokratischer Politik. Die SPD versprach und organisierte in Anbetracht in der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Nachkriegsdeutschland die Befreiung aus der Proletariat als individuellen sozialen Aufstieg aus der Arbeiterklasse, aus den engen Lebensverhältnissen, in das kleine und akademische (Neu-)Bürgertum, somit in soziale Welten, in denen eher Individualität und Diversität als Kollektivität und Homogenität - zumindest in der zweiten Generation der Aufsteigenden - habituell wichtig werden. Die Befreiung von den Mühen der Arbeit, worauf die gesellschaftliche Aneignung der Produktionskräfte ursprünglich hinauslaufen sollte, lebte unter dem Titel Humanisierung der Arbeitswelt noch fort.

Am Ende dieses ungleichzeitigen sozialen Wandels der sozialdemokratisch orientierten Milieus standen die Arbeitsmarktreformen Gerhard Schröders, mit denen die aufgestiegenen Teile der Sozialdemokratie die Klassensolidarität mit den Zurückgebliebenen endgültig kündigten.

Ein grundlegendes sozialdemokratisches Problem besteht darin, diesen Prozess nur in Gegensätzen, als Entweder-Oder fassen zu können: kulturelle Linke versus soziale Linke, Identitätspolitik versus Klassenpolitik, Akademiker versus Nicht-Akademiker u.ä. Die Frage nach dem Warum führt zurück in die sozialdemokratische Gründungsgeschichte. Die Arbeiterpartei der Genossen baute sich in zum Teil scharfer Abgrenzung zum Liberalismus der Bürger, der Republik auf, wobei in der Verwendung des Begriffs »Bürger« der *citoyen* entsorgt wurde, so dass Bürger und *bourgeois* eins wurden. Den »Genossen Bürger« sucht man in der SPD eher vergeblich. Böser Wille war das nicht, sondern Ausfluss der berechtigten Annahme - siehe Engels 1895 -, dass nur durch die Einreihung ins Kollektiv die Organisationsmacht der großen Zahl gegen die Macht des großen Geldes entfaltet werden konnte. Mit der Großen Industrie schwand die soziale Basis dieses Politikmodells, was Brandt in dem Schlagwort »Mehr Demokratie wagen« reflektierte. Hier hätte mit der Tradition gebrochen, der Bürger im Arbeiter entdeckt und die Frage, was braucht der Arbeiter, um als demokratischer Bürger agieren zu können, zum Leitthema werden können. Hätte, hätte: Gleichzeitig erwies sich das sozialdemokratische Vollbeschäftigungsversprechen angesichts der Gegenreaktion als zu vollmundig.

Ein zweites, nicht so altes Problem resultiert aus dem Ausschlagen des Brandt'schen Erbes (UN-Nord-Süd-Kommission, »Das Überleben sichern« 1980/81) und dem gleichzeitigen Hoffen auf fortwährendes kapitalistisches Wachstum als zentraler Ressource sozialdemokratischer Verteilungspolitik. Nun sind es aber gerade die sozialen Aufsteiger, die neuen Bildungsbürger, die heute die Frage meist negativ beantworten, ob unsere Lebens- und Konsumweise global verallgemeinerbar, vorstellbar ist. Was folgt aber aus dieser unbehaglichen Sicht auf Welt und auf die eigene Stellung darin, etwa im Verhältnis zum globalen »Süden«? Wer auf Wohlstands-Verteidigung gegen die Ansprüche der Anderen setzt, findet derzeit bei der AfD eine politische Heimat. Die angemessene sozialdemokratische Antwort steht aus, sie müsste über »Mehr Wachstum ermöglicht mehr Mittel für Fluchtursachenbekämpfung« entschieden hinausreichen.

Beide Problemstränge führen zu keinen guten Prognosen für die Zukunft traditioneller sozialdemokratischer Politik. (Mehr dazu am 30.11. im Gesprächskreis Klassen und Sozialstruktur)

* * *

DIE LINKE blieb, wie sie war: in Bayern außerparlamentarisch, in Hessen parlamentarisch und leicht gestärkt. Die Gewinne wurden in den großen Städten erzielt, sie wurden durch Verluste »auf dem Land« geschmälert. Der Wandel der Wählerbasis und damit des Platzes der Partei im politischen Koordinatensystem hält an, ist aber bei weitem nicht so stark, dass er die Blockaden in der Partei lösen könnte. Weder wird eine Reanimation alter sozialdemokratischer Politik in einer Formation neben der SPD gelingen noch wird die Linke in dieser Verfasstheit zur Projektionsfläche der oben angesprochenen neuen gesellschaftspolitischen Repräsentationsbedürfnisse.

* * *

Die Wahlergebnisse waren aus linker Sicht alles andere als erfreulich. Das Eindringen der AfD in alle Landesparlamente wird gemeinhin als politischer »Rechtsruck«, als »autoritäre Welle«, zuweilen auch als Tendenz zur »Faschisierung« gewertet. Das pauschale Urteil, wir erlebten eine politische Rechtsentwicklung, suggeriert Defensive, vermag zu lähmen, auch deshalb ist es zu hinterfragen. Löst man den Blick von der Tagesaktualität, so geben die Wahlergebnisse eher den Eindruck einer politischen Umgruppierung her: In Hessen, in der Tendenz auch in Bayern, haben sich in der mittleren Zeitperspektive, also in den zurückliegenden fünfzehn Jahren, nicht signifikant mehr Wahlberechtigte für Mitte-rechts-Parteien entschieden, sondern die Stimmen haben sich zwischen CDU und FDP und seit 2013 auch AfD anders verteilt. In einigen (neuen) Ländern sieht es etwas anders aus, aber auf Bundesebene trifft dies ebenfalls zu, jedenfalls sind die Veränderungen im Wahlverhalten nicht so stark, dass von einem regelrechten »Ruck« die Rede sein könnte. Auch sind bisher keine politischen Entscheidungen, gegen die die AfD-Anhänger revoltieren, zurückgenommen worden. All das mag sich ändern, wenn Spahn oder Merz den CDU-Vorsitz erringen.

Gleichzeitig finden in der Gesellschaft Gegenbewegungen statt: die »Willkommenskultur«, die Demonstrationen gegen das Bayerische Polizeigesetz, gegen Mietpreiserhöhungen, für eine offene Gesellschaft. Die »Rechtsentwicklung« ließe sich noch fassen als Gegenbewegung gegen liberale gesellschaftspolitische Reformen, die alte Normierungen außer Kraft setzten. Gleichwohl sind neokonservative und autoritäre Tendenzen unübersehbar, die unter dem Begriff der »Konservativen Revolution« zu fassen wären und im Anti-Islam eine schichten- und klassenübergreifende ideologische Verklammerung haben. Will sagen: Von einem Rechtsruck zu sprechen, ist vielleicht voreilig und sollte nicht das genauere Hinschauen ersetzen auf das, was da gerade in Frage gestellt wird - die Grundlagen der republikanischen Ordnung: Fakten und Argumente als zentrale Währungen im politischen Interessenkampf, Minderheitenschutz, Rechte und Pflichten des Bürgers, Demokratie als Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens, rechtsstaatliche Institutionen.